

Vom Bürgermeister hat er vor Beginn dieser Sitzung erfahren, dass die Stadt über die Verlegung bisher nicht offiziell informiert wurde und der Bürgermeister daher noch ein Gespräch mit der Bundeswehr in dieser Angelegenheit führen wird. Herr Rensch bittet um Auskunft, was der Bürgermeister der Bundeswehr mitteilen wird. Die Fraktionen des Rates bittet er um Auskunft, inwieweit sie bereit sind, die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

BM Böhling erklärt, dass die Bundeswehr aus rechtlicher Sicht grundsätzlich nicht dazu verpflichtet ist, die Stadt vorab zu informieren, dieses hätte jedoch tun können und auch sollen. In dem Gespräch wird er daher darauf hinweisen, dass eine vorherige Information wünschenswert ist, um den Rat und die Bürgerinnen und Bürger vorab entsprechend informieren zu können. Ferner wird er auf die seinerzeit mit dem Jagdbombengeschwader 38 vereinbarten Flugzeiten - u. a. keine Flüge während der Mittagszeit (wenn Beerdigungen stattfinden) - hinweisen und um deren Einhaltung bitten. Weitere Inhalte werden sich in dem Gespräch ergeben. Abschließend unterstreicht BM Böhling das gute Einvernehmen der Stadt mit der Bundeswehr.

RM Torkler (SPD-Fraktion) erklärt, dass es seit Jahren bekannt ist, dass der Flugplatz in Upjever Ausweichflughafen sein wird, wenn an anderen Standorten Reparaturen an Start- und Landebahnen vorgenommen werden. Er verweist auf die vom Bürgermeister bereits angesprochenen, mit dem Jagdbombengeschwader 38 vereinbarten Schutzzeiten, deren Einhaltung auch von den Wittmundern erwartet wird. Bei Nichteinhaltung bestünde die Gelegenheit, dagegen zu protestieren. Er findet es nicht in Ordnung, dass die Presse eher informiert wird als die betroffene Stadt.

Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass die Bundeswehr einen Verfassungsauftrag wahrnimmt. Ergänzend erinnert er an den großen und massiven Protest der Bevölkerung gegen den Abzug des JaboG 38 Upjever, der zahlenmäßig größer war als der Protest gegen die Lärmbelästigung. Seines Erachtens ist dieser Protest als Signal der Bürgerinnen und Bürger aus Schortens zu werten, die einen größtmöglichen Schutz gegen Lärmbelästigung fordern, aber auch den Erhalt des Standortes der Bundeswehr unterstützen. Abschließend weist er darauf hin, dass es sich hierbei um seine persönliche Meinung handelt, da eine Beratung in der Fraktion nicht erfolgen konnte.

RM Thiesing (CDU-Fraktion) erklärt, dass auch er nur seine persönliche Meinung wiedergeben kann. Er findet das Verhalten der Bundeswehr nicht gut und schließt sich den inhaltlichen Ausführungen des RM Torkler in vollem Umfang an.

RM Schüder (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass sie Mitglied der Schutzgemeinschaft gegen Düsenjägergefahren ist. Bisher hatte sie den Eindruck, dass zwischen der Bundeswehr und der Stadt ein gutes Verhältnis besteht. Daher findet sie es enttäuschend, wenn keine Information erfolgt. Sie erklärt Herrn Rensch gegenüber, dass eine Beschwerde ihrerseits als Sprachrohr für die Schortenser, die gegen diese Flüge sind, lediglich Symbolcharakter hätte und erfolglos wäre.

RM Schwitters (FDP-Fraktion) schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner, insbesondere der Ratsmitglieder Torkler und Thiesing, an.

RM Kindo (Das Linksbündnis Friesland in Schortens) erklärt, dass man sich mit diesem Verfassungsauftrag der Bundeswehr wohl abfinden müsse. Die unterlassene Information der politischen Gremien im Vorfeld bezeichnet sie als arrogant, da diese auch nicht von heute auf morgen plant. Sie findet dieses Verhalten einer Freundschaft nicht würdig.

RM Gamperl (FdU-Fraktion) findet es schlecht, dass das Geschwader die Presse vor dem Heimatort informiert. Jedoch geht er davon aus, dass sich dieses abstellen lässt. Weiter führt er aus, dass der Flugplatz Upjever der erforderliche Ausweichflugplatz der Natobasis Wittmund ist. Abschließend weist er darauf hin, dass nicht das ganze Geschwader umzieht, sondern lediglich die Alarmrotte, die aus 2 bis 3 Flugzeugen besteht und es sich um einen Nato-Auftrag handelt, der einzuhalten und nicht umgänglich ist.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion für eine frühzeitige Information der Stadt und auch der Bürger durch die Bundeswehr und die Einhaltung der mit dem Upjeverschen Geschwader vereinbarten Standards durch die Wittmunder eintritt.

RM Wolken (UWG-Fraktion) schließt sich den inhaltlichen Ausführungen ihrer Vorredner an.